**Deutscher Bundestag**
**9. Wahlperiode**

**Drucksache 9/1208**

Sachgebiet 63

# Beschlußempfehlung

**des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)**

**zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1982 (Haushaltsgesetz 1982)**
**— Drucksache 9/770 —**

Der Bundestag wolle beschließen,

den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1982 (Haushaltsgesetz 1982) nebst Gesamtplan — Drucksache 9/770 — in der aus der anliegenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Bonn, den 10. Dezember 1981

**Der Haushaltsausschuß**

| **Haase (Kassel)** | **Walther** | **Hoppe** | **Dr. Zumpfort** | **Dr. Riedl (München)** | **Borchert** |
|---|---|---|---|---|---|
| Vorsitzender | Berichterstatter | | | | |

# Zusammenstellung

## des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1982 (Haushaltsgesetz 1982) —Drucksache 9/770 — mit den Beschlüssen des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)

Entwurf

—

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1982 (Haushaltsgesetz 1982)**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1982 wird in Einnahme und Ausgabe auf *240 768 500 000* Deutsche Mark festgestellt.

§ 2

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für das Haushaltsjahr 1982 Kredite bis zur Höhe von *26 500 000 000* Deutsche Mark aufzunehmen.

(2) Dem Kreditrahmen nach Absatz 1 wachsen die Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr 1982 fällig werdenden Krediten zu, deren Höhe sich aus der Finanzierungsübersicht (Teil II des Gesamtplans) ergibt.

(3) Bei Diskontpapieren ist nur der Nettobetrag auf die Kreditermächtigung anzurechnen.

§ 3

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von *acht* vom Hundert des in § 1 festgestellten Betrages aufzunehmen. *Darauf* sind die Beträge anzurechnen, die auf Grund von Ermächtigungen früherer Haushaltsgesetze aufgenommen sind.

§ 4

(1) Innerhalb der einzelnen Kapitel können verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit)

1. Einsparungen bei Titel 422 01 zur Verstärkung der bei Titel 422 02 veranschlagten Ausgaben;

Beschlüsse des 8. Ausschusses

—

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1982 (Haushaltsgesetz 1982)**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1982 wird in Einnahme und Ausgabe auf **240 510 000 000** Deutsche Mark festgestellt.

§ 2

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für das Haushaltsjahr 1982 Kredite bis zur Höhe von **26 774 000 000** Deutsche Mark aufzunehmen.

(2) unverändert

(3) unverändert

§ 3

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von **fünf** vom Hundert des in § 1 festgestellten Betrages aufzunehmen; **davon darf im Dezember bis zur Höhe von acht vom Hundert abgewichen werden. Auf die Kreditermächtigung** sind die Beträge anzurechnen, die auf Grund von Ermächtigungen früherer Haushaltsgesetze aufgenommen sind.

§ 4

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 8. Ausschusses

2. Einsparungen bei Titel 423 01 zur Verstärkung der bei Titel 423 02 veranschlagten Ausgaben;

3. Einsparungen bei Titeln der Gruppen 422, 423, 425 und 426 zur Verstärkung von Ausgaben bei Titeln der Gruppen 443 und 453.

(2) Die Erläuterungen zu den Titeln der Gruppe 425 sind hinsichtlich der Zahl der für die einzelnen Vergütungsgruppen angegebenen Stellen verbindlich. Abweichungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

(3) Innerhalb der einzelnen Kapitel fließen die Einnahmen den Ausgaben bei folgenden Titeln — einschließlich der entsprechenden Titel in Titelgruppen — zu:

1. Titel 427 01
   — aus Zuschüssen für die berufliche Eingliederung Behinderter sowie für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen —
2. Titel 441 01 und 446 01
   — aus Schadensersatzleistungen Dritter —
3. Titel 511 01 und 518 01
   — aus der Anfertigung von Fotokopien für Dritte —
4. Titel 513 01 (im Kapitel 14 14 Titel 513 02)
   — aus der privaten Inanspruchnahme dienstlicher Fernmeldeanlagen —
5. Titel 514 01 (im Kapitel 06 25 Titel 514 04, im Kapitel 14 15 Titel 553 04, im Kapitel 14 17 Titel 522 01)
   — aus Schadensersatzleistungen Dritter insoweit, als sie zur Instandsetzung bestimmt sind, sowie aus der Abgabe von Kraftstoffen (Betriebsstoffen) an andere Bedarfsträger —
6. Titel 517 01
   — aus Erstattungen Dritter —

(4) Innerhalb eines Kapitels dienen Einnahmen auf Grund der Ausgleichsabgabeverordnung Schwerbehindertengesetz vom 8. August 1978 (BGBl. I S. 1228) zur Verstärkung der Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 8.

(5) Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 der Bundeshaushaltsordnung wird zugelassen, daß von Bundesdienststellen im Bereich der Datenverarbeitung entwickelte Software unentgeltlich an Stellen der öffentlichen Verwaltung im Geltungsbereich dieses Gesetzes abgegeben wird, soweit Gegenseitigkeit besteht. Das gilt auch für von Bundesdienststellen erworbene Software.

(6) Die obersten Bundesbehörden können mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen die Deckungsfähigkeit der Ausgaben bei Titeln der Gruppen 511 bis 519, 527 und 539 innerhalb eines Kapitels anordnen, soweit die Mittel nicht übertragbar sind, der Mehrbedarf des Einzeltitels nicht mehr als zwanzig vom Hundert beträgt und die Maßnahme wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Soweit die Deckungsfähigkeit nach Satz 1 nicht ausreicht, kann der Bundesminister der Finanzen in beson-

| Entwurf | Beschlüsse des 8. Ausschusses |
|---|---|
| ders begründeten Ausnahmefällen zulassen, daß Mehrausgaben bei Titeln der Gruppen 514 und 517 sowie des Titels 522 01 im Kap. 14 17 bis zur Höhe von dreißig vom Hundert des Ansatzes durch Einsparungen anderer Ausgaben innerhalb der Hauptgruppe 5 desselben Einzelplans gedeckt werden. | |
| (7) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages innerhalb des Einzelplans 14 (Bundesminister der Verteidigung) die Deckungsfähigkeit der Ausgaben bei Titeln der Gruppen 551, 553 bis 559 der Kapitel 14 08 und 14 11 bis 14 20 anzuordnen, falls dies auf Grund später eingetretener Umstände wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Diese Regelung gilt auch für übertragbare Ausgaben. | |
| (8) Die in den Kapiteln 14 13 bis 14 20 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sind in Höhe von 20 vom Hundert gesperrt. Die Inanspruchnahme der gesperrten Verpflichtungsermächtigungen bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. | |
| § 5 | § 5 |
| § 37 Abs. 1 Satz 3 bis 5 der Bundeshaushaltsordnung ist in folgender Fassung anzuwenden: | unverändert |
| „Als unabweisbar ist ein Bedürfnis insbesondere nicht anzusehen, wenn nach Lage des Einzelfalles ein Nachtragshaushaltsgesetz rechtzeitig herbeigeführt oder die Ausgabe bis zum nächsten Haushaltsgesetz zurückgestellt werden kann. Eines Nachtragshaushaltsgesetzes bedarf es nicht, wenn die Mehrausgabe im Einzelfall einen Betrag von 10 000 000 Deutsche Mark nicht überschreitet oder wenn Rechtsverpflichtungen zu erfüllen sind." | |
| § 6 | § 6 |
| (1) Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen im Sinne des § 23 der Bundeshaushaltsordnung zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben einer Einrichtung außerhalb der Bundesverwaltung (institutionelle Förderung) sind gesperrt, wenn der Haushalts- oder Wirtschaftsplan des Zuwendungsempfängers nicht von dem zuständigen Bundesminister und dem Bundesminister der Finanzen gebilligt ist. Der Bundesminister der Finanzen hat vor der Aufhebung der Sperre die Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages einzuholen, wenn die Zuwendungen den Betrag von *500 000* Deutsche Mark im Haushaltsjahr überschreiten. | (1) Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen im Sinne des § 23 der Bundeshaushaltsordnung zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben einer Einrichtung außerhalb der Bundesverwaltung (institutionelle Förderung) sind gesperrt, wenn der Haushalts- oder Wirtschaftsplan des Zuwendungsempfängers nicht von dem zuständigen Bundesminister und dem Bundesminister der Finanzen gebilligt ist. Der Bundesminister der Finanzen hat vor der Aufhebung der Sperre die Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages einzuholen, wenn die Zuwendungen den Betrag von **1 000 000** Deutsche Mark im Haushaltsjahr überschreiten. |
| (2) Die in den Erläuterungen zu den Titeln, aus denen Verwaltungskosten erstattet oder Zuwendungen im Sinne des § 23 der Bundeshaushaltsordnung zur institutionellen Förderung von Einrichtungen außerhalb der Bundesverwaltung geleistet werden, für andere als Projektaufgaben ausgebrachten Stel- | (2) unverändert |

| Entwurf | Beschlüsse des 8. Ausschusses |
|---|---|
| len für Angestellte sind hinsichtlich der Gesamtzahl und der Zahl der für die einzelnen Vergütungsgruppen angegebenen Stellen verbindlich. Abweichungen in den Wertigkeiten bedürfen der vorherigen Zustimmung des Bundesministers der Finanzen. Die Wertigkeit übertariflicher Stellen ist durch Angabe der entsprechenden Besoldungsgruppen zu kennzeichnen. | |
| § 7 | § 7 |
| Der Bund kann den Ländern auf Grund von Verwaltungsvereinbarungen Finanzhilfen im Sinne des Artikels 104a Abs. 4 des Grundgesetzes nach Maßgabe der dafür im Bundeshaushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel gewähren. | unverändert |
| § 8 | § 8 |
| Die Rückzahlung zuviel erhobener Einnahmen und zuviel geleisteter Ausgaben ist bei Personalausgaben und bei den nach § 19 Abs. 1 Satz 1 der Bundeshaushaltsordnung übertragbaren Ausgaben stets, bei den sonstigen Ausgaben nur bis zum Abschluß der Bücher des laufenden Haushaltsjahres beim jeweiligen Titel abzusetzen. Entsprechendes gilt für die Umsatzsteuer-Kürzungsbeträge nach § 2 des Berlinförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Dezember 1978 (BGBl. I S. 1), zuletzt geändert durch das Gesetz vom ... (BGBl. I S. ..). | unverändert |
| § 9 | § 9 |
| (1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zu übernehmen | unverändert |
| 1. a) im Zusammenhang mit förderungswürdigen Ausfuhren zugunsten von Ausführern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner. — Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt —, | |
| b) im Zusammenhang mit Ausfuhren, an deren Durchführung ein besonderes staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht, zugunsten von Ausführern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner; | |
| 2. a) für Kredite an ausländische Schuldner im Zusammenhang mit der Gewährung von Krediten im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit, | |
| b) für andere Kredite an ausländische Schuldner, wenn dies der Finanzierung förderungswürdiger Vorhaben dient oder im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt; | |

Entwurf

Beschlüsse des 8. Ausschusses

3. zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland, wenn zwischen der Bundesrepublik und dem Land, in dem das Kapital angelegt wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht oder, solange dies nicht der Fall ist, durch die Rechtsordnung des betreffenden Landes oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gewährleistet erscheint. — Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt —;

4. zum Zwecke der Umschuldung durch den Bund gedeckter Forderungen deutscher Gläubiger. — Dabei können die Selbstbeteiligungen nachträglich ermäßigt sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für bisher ungedeckte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können —;

5. gegenüber der Europäischen Investitionsbank für Kredite dieser Bank an Schuldner außerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

(2) Der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 1 wird auf 160 000 000 000 Deutsche Mark, der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 2 bis 5 auf insgesamt 17 000 000 000 Deutsche Mark festgesetzt.

§ 10

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet bis zur Höhe von 3 500 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen.

10

unverändert

§ 11

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von 750 000 000 Deutsche Mark zur Förderung der Berliner Wirtschaft und des Warenverkehrs mit Berlin nach Richtlinien zu übernehmen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und den sonst beteiligten Fachministern festlegt.

§ 11

unverändert

§ 12

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von 46 500 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen

1. zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist und ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse an der Durchführung der Maßnahmen besteht;

§ 12

unverändert

Entwurf | Beschlüsse des 8. Ausschusses

2. zur Förderung des Verkehrswesens;

3. a) zur Förderung des Wohnungsbaues, insbesondere des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues,

   b) zur Förderung des Baues gewerblicher Räume, wenn der Bau der gewerblichen Räume im Zusammenhang mit dem Bau von Wohnungen steht,

   c) zur Förderung der Modernisierung und Instandsetzung von Wohnungen,

   d) zur Förderung des Erwerbs vorhandener Wohnungen durch kinderreiche Familien und Schwerbehinderte;

4. für Verbindlichkeiten, die der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank aus der Ausgabe von Schuldverschreibungen erwachsen — § 3 des Gesetzes über die Zusammenlegung der Deutschen Landesrentenbank und der Deutschen Siedlungsbank vom 27. August 1965 (BGBl. I S. 1001), zuletzt geändert durch Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 22. August 1980 (BGBl. I S. 1558) —;

5. für Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 780-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Artikel 75 des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341);

6. zur Förderung der Fischwirtschaft;

7. im Zusammenhang mit der Freigabe beschlagnahmter deutscher Auslandsvermögen;

8. für Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds aus der Eintragung der Schuldbuchforderungen oder der Aushändigung von Schuldverschreibungen nach § 252 Abs. 3 des Lastenausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1909), zuletzt geändert durch das Haushaltsgesetz 1981 vom 13. Juli 1981 (BGBl. I S. 630);

9. im Zusammenhang mit der Abdeckung von Haftpflichtrisiken, die sich insbesondere aus Tätigkeiten ergeben, die in den Anwendungsbereich des Atomgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3053), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. August 1980 (BGBl. I S. 1556), oder der auf Grund dieses Gesetzes ergangenen Rechtsverordnungen fallen, soweit dadurch eine Finanzierung aus Haushaltsmitteln vermieden wird;

10. im Zusammenhang mit der Beschaffung von Kernbrennstoffen, die die Europäische Atomgemeinschaft auf Grund bilateraler Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika für Benutzer in der Bundesrepublik bezieht, wenn die Europäische Atomgemeinschaft nach dem Beschluß des Rates vom 5./7. März 1962 die Beschaffung der Kernbrennstoffe hiervon abhängig macht. — Die vertragliche Verpflichtung der

Entwurf | Beschlüsse des 8. Ausschusses

Benutzer auf Freistellung des Bundes bleibt unberührt —;

11. für Kredite, die das vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen beauftragte Kreditinstitut im Zusammenhang mit der Gewährung von Kapitalisierungsbeträgen an Versorgungsberechtigte nach dem Rentenkapitalisierungsgesetz — KOV vom 27. April 1970 (BGBl. I S. 413) aufnimmt;
12. für Kredite, die die vom Bundesminister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung beauftragten Einrichtungen zur anteiligen Finanzierung der Investitionskosten von Krankenhäusern gemäß dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze vom 29. Juni 1972 (BGBl. I S. 1009), zuletzt geändert durch die Verordnung vom ... (BGBl. I S. . .), aufzunehmen;
13. zur Förderung der Anpassung und der Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaues und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete;
14. zugunsten von Personen, die vom Bund an deutsche Auslandsvertretungen entsandt oder im Rahmen seiner Auslandskulturarbeit ins Ausland entsandt oder vermittelt werden, für ihre Verpflichtungen gegenüber den Zollbehörden des Aufnahmestaates im Zusammenhang mit der Einfuhr von Umzugsgut;
15. im Falle eines unvorhergesehenen, unabweisbaren Bedürfnisses, insbesondere für Notmaßnahmen.

§ 13

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, im Zusammenhang mit der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Europäischen Investitionsbank, der Weltbank, der Asiatischen Entwicklungsbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank, der Afrikanischen Entwicklungsbank, des Wiedereingliederungsfonds des Europarates und des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe Gewährleistungen in der Form von abrufbarem Kapital (Haftungskapital) bis zur Höhe von 18 500 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen.

§ 13

unverändert

§ 14

Gewährleistungen nach den §§ 9 bis 13 können auch in ausländischer Währung übernommen werden; sie sind zu dem Mittelkurs, der vor Ausfertigung der Urkunden zuletzt amtlich festgestellt worden ist, auf den Höchstbetrag anzurechnen.

§ 14

unverändert

§ 15

(1) Auf die Höchstbeträge der §§ 9 bis 13, 16 und 17 werden jeweils die Gewährleistungen auf Grund der entsprechenden Ermächtigungen angerechnet, die in den §§ 9 bis 13, 16 und 17 des Haushaltsgesetzes 1981 enthalten sind. In den Fällen der §§ 9 bis 13 und

§ 15

unverändert

| Entwurf | Beschlüsse des 8. Ausschusses |
|---|---|
| 17 erfolgt die Anrechnung nur, soweit der Bund noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit er in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachten Leistungen keinen Ersatz erlangt hat. | |
| (2) Eine Bürgschaft, Garantie oder sonstige Gewährleistung ist auf den Höchstbetrag der entsprechenden Ermächtigung in der Höhe anzurechnen, in der der Bund daraus in Anspruch genommen werden kann. Zinsen und Kosten sind auf den jeweiligen Ermächtigungsrahmen nur anzurechnen, soweit dies gesetzlich bestimmt ist oder bei der Übernahme ein gemeinsamer Haftungsbetrag für Hauptverpflichtung, Zinsen und Kosten festgelegt wird. | |
| (3) Soweit in den Fällen der §§ 9 bis 13 und 17 der Bund ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für erbrachte Leistungen erlangt hat, ist eine übernommene Gewährleistung auf den Höchstbetrag nicht mehr anzurechnen. | |
| (4) Die Ermächtigungsrahmen der §§ 9 bis 13 können mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für Zwecke der jeweils anderen Vorschriften verwendet werden. | |
| § 16 | § 16 |
| (1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, für Kredite, die die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auf Grund der Verordnungen (EWG) Nr. 397/75 und 398/75 des Rates vom 17. Februar 1975 über Gemeinschaftsanleihen (ABl. EG Nr. L 46 S. 1 und 3) gewährt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von 1 321 200 000 US-Dollar einschließlich der Zinsen zu übernehmen. Die Haftung des Bundes aus der Gewährleistung darf 44,04 vom Hundert der jeweils fälligen Tilgungs- und Zinsverpflichtungen nicht übersteigen. | unverändert |
| (2) Werden Gewährleistungen für Kredite in anderen Währungen als dem US-Dollar übernommen, so sind sie zu dem Mittelkurs, der vor Ausfertigung der Urkunden an der Frankfurter Devisenbörse zuletzt amtlich festgestellt worden ist, auf den in Absatz 1 festgesetzten Höchstbetrag anzurechnen. | |
| § 17 | § 17 |
| Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, nach Maßgabe des Übereinkommens vom 9. April 1975 über einen Finanziellen Beistandsfonds der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Kredite einschließlich Zinsen und anderer Kosten bis zur Höhe von 2 500 000 000 Sonderziehungsrechte zu übernehmen. | unverändert |
| § 18 | § 18 |
| Die Bundesregierung wird ermächtigt, die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am Kapital der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung „Weltbank“, der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), des Gemeinsamen | unverändert |

| Entwurf | Beschlüsse des 8. Ausschusses |
|---|---|
| Fonds für Rohstoffe, an der Wiederauffüllung des internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), an der Aufstockung des Grundkapitals und des Sonderfonds der Asiatischen, der Afrikanischen sowie der Interamerikanischen Entwicklungsbank durch Hingabe von unverzinslichen Schuldscheinen zu erbringen. | |
| § 19 | § 19 |
| Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages bei Aktiengesellschaften, an denen der Bund beteiligt ist, einem genehmigten Kapital im Sinne des § 202 des Aktiengesetzes vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1089), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 23. Dezember 1978 (BGBl. I S. 1959), zuzustimmen und sich zur Leistung des auf den Bundesanteil entfallenden Erhöhungsbetrages zu verpflichten. | unverändert |
| § 20 | § 20 |
| (1) Soweit die Einsparungen von Planstellen und Stellen nach § 20 des Haushaltsgesetzes 1981 nicht bis zum 31. Dezember 1981 erbracht worden sind, sind sie 1982 nachzuholen. | (1) unverändert |
| | **(1a) Die im Haushaltsplan 1982 erstmals ausgebrachten kw-Vermerke ohne nähere Angabe des Zeitpunkts des Wegfalls werden mit Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes 1982 wirksam, soweit zu diesem Zeitpunkt entsprechende Stellen frei sind; im übrigen gilt § 47 Abs. 2 der Bundeshaushaltsordnung.** |
| *(2) Im Haushaltsjahr 1982 sind — zusätzlich zu den restlichen Einsparungen gemäß Absatz 1 — eins vom Hundert der im Haushaltsplan 1981 einschließlich seiner Anlagen ausgebrachten Planstellen für Beamte und Richter und Stellen für Angestellte sowie eins vom Hundert der Stellen für Arbeiter einzusparen. Die Einsparungen bei den Planstellen und Stellen für Angestellte sind anteilig auf die Laufbahngruppen und die diesen vergleichbaren Vergütungsgruppen zu verteilen.* | **Absatz 2 entfällt** |
| *(3) Die Einsparungsquoten gemäß Absatz 2 werden — zusammen mit den gemäß § 20 des Haushaltsgesetzes 1981 festgesetzten Einsparungsquoten — in dem Verhältnis auf die Einzelpläne aufgeteilt, das dem Anteil des jeweiligen Einzelplans am jeweiligen Gesamtsoll der Stellen im Bundeshaushalt 1981 entspricht.* | **Absatz 3 entfällt** |
| *(4) Freie und durch Beendigung des Dienstverhältnisses frei werdende Planstellen und Stellen dürfen nicht besetzt werden, bis drei Viertel der auf den jeweiligen Einzelplan entfallenden Einsparungen erreicht sind. Danach dürfen drei Viertel der frei werdenden Planstellen und Stellen nicht wieder besetzt werden. § 26 Abs. 1 und 6 des Bundesbesoldungsgesetzes bleiben unberührt.* | **Absatz 4 entfällt** |
| *(5) Planstellen und Stellen, die nach Absatz 4 nicht besetzt werden dürfen, fallen weg.* | **Absatz 5 entfällt** |
| *(6) Die Absätze 1, 2, 4 und 5 gelten entsprechend für Einrichtungen der unmittelbaren Bundesverwal-* | **Absatz 6 entfällt** |

| Entwurf | Beschlüsse des 8. Ausschusses |
|---|---|
| *tung, deren Planstellen und Stellen nur in Wirtschaftsplänen ausgebracht sind.* | |
| *(7) Bei den institutionell geförderten Zuwendungsempfängern sind im Haushaltsjahr 1982 eins vom Hundert der institutionell finanzierten Planstellen für Beamte und Stellen für Angestellte sowie eins vom Hundert der Stellen für Arbeiter einzusparen; Berechnungsgrundlage ist die jeweilige Gesamtzahl bei Zuwendungsempfängern im jeweiligen Einzelplan. Absatz 2 Satz 2 sowie Absatz 4 und 5 gelten entsprechend. Die zuständige oberste Bundesbehörde entscheidet, wie die Anzahl der einzusparenden Planstellen und Stellen auf die einzelnen Zuwendungsempfänger verteilt wird.* | **Absatz 7 entfällt** |
| *(8) Das Nähere bestimmt der Bundesminister der Finanzen.* | **Absatz 8 entfällt** |
| § 21 | § 21 |
| (1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Planstellen für Beamte und Stellen zusätzlich auszubringen, wenn hierfür ein unabweisbares, auf andere Weise nicht zu befriedigendes Bedürfnis besteht. | (1) unverändert |
| (2) Die für den Einzelplan zuständige Stelle übersendet ihre Anträge auf Ausbringung der zusätzlichen Planstellen und Stellen auch dem Bundesrechnungshof. Er kann dazu Stellung nehmen. | (2) unverändert |
| | **(2a) Die nach Absatz 1 neu ausgebrachten Planstellen und Stellen sind in entsprechender Zahl und Wertigkeit im Gesamthaushalt einzusparen.** |
| (3) Bei der Ermittlung des Anteils der Planstellen der Besoldungsgruppe B 3 auf Grund der Fußnoten *8* und 12 zur Besoldungsgruppe B 3 des Bundesbesoldungsgesetzes sind die Planstellen der Besoldungsgruppe A 16, die mit dem Vermerk „künftig wegfallend" oder „künftig umzuwandeln" versehen sind, nicht zu berücksichtigen. Das gilt nicht, wenn der Vermerk „künftig wegfallend" den Zusatz trägt „mit Wegfall der Aufgabe." | (3) Bei der Ermittlung des Anteils der Planstellen der Besoldungsgruppe B 3 aufgrund der Fußnoten **12, 18, 19** und **21** zur Besoldungsgruppe B 3 des Bundesbesoldungsgesetzes sind die Planstellen der Besoldungsgruppe A 16, die mit dem Vermerk „künftig wegfallend" oder „künftig umzuwandeln" versehen sind, nicht zu berücksichtigen. Das gilt nicht, wenn der Vermerk „künftig wegfallend" den Zusatz trägt „mit Wegfall der Aufgabe". |
| § 22 | § 22 |
| (1) Wird ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung oder für eine Tätigkeit bei einer Fraktion des Deutschen Bundestages unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstelle des Beamten neu zu besetzen, so kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Beamten eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Beamten ausbringen. | unverändert |
| (2) Kehren mehrere Beamte gleichzeitig in den Bundesdienst zurück, kann der Bundesminister der Finanzen mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in besonderen Fällen zulassen, daß nur jede zweite freiwerdende Plan- | |

| Entwurf | Beschlüsse des 8. Ausschusses |
|---|---|
| stelle für die zurückkehrenden Beamten in Anspruch zu nehmen ist. | |
| (3) Der Bundesminister der Finanzen kann ferner im Einzelplan der zuständigen Dienstbehörde Planstellen für Beamte ausbringen, deren Verwendung demnächst im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung beabsichtigt ist, wenn die Maßnahme keinen Aufschub duldet. Für den Fall, daß Ersatz für Beamte gewonnen werden soll, die in Zukunft bei einer bestehenden oder erwarteten Einrichtung dieser Art verwendet werden sollen oder die durch Teilnahme an zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Konferenzen länger als ein Jahr an der Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben verhindert sind, können auf die gleiche Weise Planstellen ausgebracht werden. | |
| (4) Absatz 1 findet entsprechend Anwendung, wenn ein Beamter gemäß § 79a Abs. 1 Nr. 2 oder § 89a Abs. 2 Nr. 2 des Bundesbeamtengesetzes oder ein Richter gemäß § 48a Abs. 1 Nr. 2 des Deutschen Richtergesetzes langfristig beurlaubt wird. | |
| (5) Die Absätze 1, 2 und 3 gelten entsprechend, wenn ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde zur Verwendung in einem Entwicklungsland oder bei einer Auslandshandelskammer oder als Auslandskorrespondent der Gesellschaft für Außenhandelsinformationen m. b. H. ohne Dienstbezüge länger als ein Jahr beurlaubt wird. | |
| (6) Über den weiteren Verbleib der nach den Absätzen 1 bis 5 ausgebrachten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden. | |
| § 23 | § 23 |
| (1) Eine Planstelle darf auch mit zwei als Halbtagskräfte teilzeitbeschäftigten Beamten oder Richtern besetzt werden. | unverändert |
| (2) Zwei Planstellen dürfen auch mit drei teilzeitbeschäftigten Beamten oder Richtern besetzt werden; die Gesamtarbeitszeit dieser drei Beamten oder Richter darf die regelmäßige Gesamtarbeitszeit von zwei vollbeschäftigten Beamten oder Richtern nicht übersteigen. | |
| (3) Das Nähere regelt der Bundesminister der Finanzen. | |
| § 24 | § 24 |
| Wird ein planmäßiger Bundesrichter an einem obersten Gerichtshof des Bundes zum Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt, kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Richter im Einzelplan des abgebenden obersten Gerichtshofes des Bundes eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Bundesrichters ausbringen. | unverändert |
| § 25 | § 25 |
| Abweichend von § 50 Abs. 3 der Bundeshaushaltsordnung können | unverändert |

Entwurf

1. mit Einwilligung des Bundesministers der Finanzen für Beamte und Angestellte, die zu einer Vertretung der Bundesrepublik Deutschland im Ausland,
2. für Beamte des höheren Dienstes, die nach § 8 Abs. 2 der Bundeslaufbahnverordnung vom 15. November 1978 (BGBl. I S. 1763) zur Ableistung der Probezeit außerhalb einer obersten Dienstbehörde abgeordnet sind, von der abordnenden Verwaltung die Personalausgaben für die Dauer der Abordnung weitergezahlt werden.

§ 26

Die Vorschriften des Haushaltsgrundsätzegesetzes, der Bundeshaushaltsordnung sowie die zu ihrer Änderung, Ergänzung und Durchführung erlassenen Bestimmungen sind auf die Anlagen E zu den Kapiteln 10 04, 23 02 und 60 06 des Bundeshaushaltsplans entsprechend anzuwenden. Der Bundesminister der Finanzen kann Änderungen der Anlagen E, die auf Grund der endgültigen Feststellungen von Haushalts-, Nachtrags- oder Berichtigungshaushaltsplänen der Europäischen Gemeinschaften erforderlich werden, vornehmen und bekanntgeben. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist unverzüglich zu unterrichten.

§ 27

Der Bund gewährt der Bundesanstalt für Arbeit bei kurzfristigen Liquiditätsschwierigkeiten zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft zinslose Betriebsmitteldarlehen. Die Darlehen sind zurückzuzahlen, sobald und soweit die Einnahmen eines Monats die Ausgaben übersteigen und dieser Überschuß voraussichtlich in den nächsten beiden Monaten des laufenden Haushaltsjahres nicht zur Deckung der Ausgaben benötigt wird, spätestens jedoch zum Schluß des Haushaltsjahres. § 187 Abs. 2 des Arbeitsförderungsgesetzes vom 24. Juni 1969 (BGBl. I S. 582), zuletzt geändert durch das Gesetz vom ... (BGBl. I S. ...) findet insoweit keine Anwendung.

Beschlüsse des 8. Ausschusses

§ 26

unverändert

§ 27

unverändert

**§ 27 a**

**Der Bundesminister der Finanzen kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr die Rhein-Main-Donau AG, München, ermächtigen, im Haushaltsjahr 1982 für den Bau der Main-Donau-Wasserstraße (Strecke Nürnberg–Regensburg) ein Darlehen in Höhe von bis zu 35 000 000 Deutsche Mark aufzunehmen und den Kapitaldienst (Kreditkosten, Zinsen und Tilgung) zu Lasten der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel zu leisten.**

**§ 27 b**

**Im Aufdruck des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen — Anlage zum Gesetz über den Ausbau der Bundesfernstraßen (Fernstraßenausbaugesetz — FStrAbg —) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 1980 (BGBl. I S. 1615) wird Satz 2 gestrichen.**

Entwurf

§ 28

Das nach Artikel 1 des Straßenbaufinanzierungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 912-3, veröffentlichen bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 9 § 1 des Steueränderungsgesetzes 1973 vom 26. Juni 1973 (BGBl. I S. 676), und nach Artikel 3 des Verkehrsfinanzgesetzes 1971 vom 28. Februar 1972 (BGBl. I S. 201), geändert durch Artikel 7 des Steueränderungsgesetzes 1973 vom 26. Juni 1973 (BGBl. I S. 676), für Zwecke des Straßenwesens gebundene Aufkommen an Mineralölsteuer ist auch für sonstige verkehrspolitische Zwecke im Bereich des Bundesministers für Verkehr zu verwenden.

§ 29

§ 19 Abs. 2 Satz 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom ... (BGBl. I S. ..) findet keine Anwendung.

§ 30

Die Deutsche Bundespost wird verpflichtet, die im Haushaltsjahr 1982 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse auf Grund des § 10 der Bankenverordnung (Beilage Nr. 5/48 zum Gesetz- und Verordnungsblatt des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, S. 24) gegenüber dem Bund zusteht.

§ 31

(1) Die §§ 4 und 5, 6 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2, §§ 7 bis 19, 21 bis 29 gelten bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haushaltsjahres weiter.

(2) Ist die nach § 20 auf den jeweiligen Einzelplan entfallende Einsparung am 31. Dezember 1982 nicht erreicht, gilt § 20 bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haushaltsjahres weiter.

§ 32

Im § 324 Abs. 5 des Lastenausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1909), zuletzt geändert durch das Haushaltsgesetz 1981 vom 13. Juli 1981 (BGBl. I S. 630), wird die Zahl „1981" durch die Zahl „1982" ersetzt.

§ 33

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 34

Dieses Gesetz tritt *am* 1. Januar 1982 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Beschlüsse des 8. Ausschusses

§ 28

unverändert

§ 29

§ 19 Abs. 2 Satz 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom **30. Juli 1980** (BGBl. I S. **1085**) findet keine Anwendung.

§ 30

unverändert

§ 31

(1) Die §§ 4 und 5, 6 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2, §§ 7 bis 19, 21 bis **27, 28 und** 29 gelten bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haushaltsjahres weiter.

(2) unverändert

§ 32

unverändert

§ 33

unverändert

§ 34

Dieses Gesetz tritt **mit Wirkung vom** 1. Januar 1982 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Beschlüsse des 8. Ausschusses

**Entwurf**

# Gesamtplan
# des Bundeshaushaltsplans
# 1982

## Teil I: Haushaltsübersicht

**mit Anlage Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen**

## Teil II: Finanzierungsübersicht

## Teil III: Kreditfinanzierungsplan

Gesamtplan **Einnahmen** **Teil I: Haushaltsübersicht**

| Epl. | Bezeichnung | Steuern und steuerähnliche Abgaben 1982 1 000 DM |
|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 |
| 01 | Bundespräsident und Bundespräsidialamt | — |
| 02 | Deutscher Bundestag | — |
| 03 | Bundesrat | — |
| 04 | Bundeskanzler und Bundeskanzleramt | — |
| 05 | Auswärtiges Amt | — |
| 06 | Bundesminister des Innern | — |
| 07 | Bundesminister der Justiz | — |
| 08 | Bundesminister der Finanzen | — |
| 09 | Bundesminister für Wirtschaft | — |
| 10 | Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten | 200 |
| 11 | Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung | — |
| 12 | Bundesminister für Verkehr | — |
| 13 | Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen | — |
| 14 | Bundesminister der Verteidigung | — |
| 15 | Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit | — |
| 19 | Bundesverfassungsgericht | — |
| 20 | Bundesrechnungshof | — |
| 23 | Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit | — |
| 25 | Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau | — |
| 27 | Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen | — |
| 30 | Bundesminister für Forschung und Technologie | — |
| 31 | Bundesminister für Bildung und Wissenschaft | — |
| 32 | Bundesschuld | — |
| 33 | Versorgung | — |
| 35 | Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte | — |
| 36 | Zivile Verteidigung | — |
| 60 | Allgemeine Finanzverwaltung[1]) | 190 840 000 |
| | **Summe Haushalt 1982**[2]) | 190 840 200 |
| | Summe Haushalt 1981 | 182 942 200 |
| | gegenüber 1981 — mehr (+) / weniger (−) — | + 7 898 000 |

[1]) Zu Spalte 3: Darin Steuereinnahmen in Höhe von 190,3 Mrd. DM.
[2]) Zu Spalten 4 und 5: Verwaltungseinnahmen sowie übrige Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten = 26 774 Millionen DM) = 22 896 Millionen DM.

**Teil I: Haushaltsübersicht**

# Einnahmen

Gesamtplan

| Verwaltungs-einnahmen 1982 1000 DM | Übrige Einnahmen 1982 1 000 DM | Summe Einnahmen 1982 1 000 DM | Summe Einnahmen 1981 1 000 DM | Summe Einnahmen gegenüber mehr (+) weniger (−) 1 000 DM | Epl. |
|---|---|---|---|---|---|
| 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 |
| 37 | — | **37** | 50 | − 13 | 01 |
| 1 138 | 369 | **1 507** | 1 497 | + 10 | 02 |
| 11 | — | **11** | 17 | − 6 | 03 |
| 2 622 | 1 | **2 623** | 3 036 | − 413 | 04 |
| 34 625 | 3 570 | **38 195** | 36 390 | + 1 805 | 05 |
| 19 563 | 16 013 | **35 576** | 36 466 | − 890 | 06 |
| 227 398 | 224 | **227 622** | 221 960 | + 5 662 | 07 |
| 684 448 | 120 427 | **804 875** | 816 288 | − 11 413 | 08 |
| 131 586 | 105 731 | **237 317** | 282 595 | − 45 278 | 09 |
| 134 119 | 199 035 | **333 354** | 277 553 | + 55 801 | 10 |
| 5 966 | 269 286 | **275 252** | 281 123 | − 5 871 | 11 |
| 829 585 | 229 066 | **1 058 651** | 980 863 | + 77 788 | 12 |
| 4 078 400 | — | **4 078 400** | 3 851 200 | + 227 200 | 13 |
| 423 805 | 102 264 | **526 069** | 543 854 | − 17 785 | 14 |
| 34 441 | 30 961 | **65 402** | 60 939 | + 4 463 | 15 |
| 112 | — | **112** | 102 | + 10 | 19 |
| 25 | — | **25** | 29 | − 4 | 20 |
| 39 674 | 859 931 | **899 605** | 944 267 | − 44 662 | 23 |
| 7 165 | 816 537 | **823 702** | 720 429 | + 103 273 | 25 |
| 1 236 | — | **1 236** | 1 232 | + 4 | 27 |
| 35 530 | 35 000 | **70 530** | 70 431 | + 99 | 30 |
| 5 038 | 106 028 | **111 066** | 92 781 | + 18 285 | 31 |
| 800 006 | 26 930 400 | **27 730 406** | 34 781 504 | − 7 051 098 | 32 |
| 2 350 | 119 650 | **122 000** | 109 000 | + 13 000 | 33 |
| 80 200 | 164 630 | **244 830** | 241 900 | + 2 930 | 35 |
| 12 128 | 10 019 | **22 147** | 21 557 | + 590 | 36 |
| 10 566 503 | 1 392 947 | **202 799 450** | 186 777 937 | + 16 021 513 | 60 |
| 18 157 711 | 31 512 089 | **240 510 000** | 231 155 000 | + 9 355 000 | |
| 9 597 399 | 38 615 401 | | | | |
| +8 560 312 | −7 103 312 | | | | |

Gesamtplan **Ausgaben** **Teil I: Haushaltsübersicht**

| Epl. | Bezeichnung | Personal-ausgaben 1982 1 000 DM | Sächliche Verwaltungs-ausgaben 1982 1 000 DM | Militärische Beschaffungen, Anlagen usw. 1982 1 000 DM | Schulden-dienst 1982 1 000 DM |
|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| 01 | Bundespräsident und Bundespräsidialamt | 8 791 | 5 119 | — | — |
| 02 | Deutscher Bundestag | 239 682 | 61 413 | — | — |
| 03 | Bundesrat | 6 436 | 2 962 | — | — |
| 04 | Bundeskanzler und Bundeskanzleramt | 78 917 | 279 694 | — | — |
| 05 | Auswärtiges Amt | 566 345 | 134 159 | — | — |
| 06 | Bundesminister des Innern | 1 384 215 | 470 971 | — | — |
| 07 | Bundesminister der Justiz | 262 227 | 82 404 | — | — |
| 08 | Bundesminister der Finanzen | 1 796 137 | 446 669 | — | — |
| 09 | Bundesminister für Wirtschaft | 304 307 | 146 468 | — | — |
| 10 | Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten | 249 529 | 106 585 | — | 65 |
| 11 | Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung | 101 974 | 43 031 | — | — |
| 12 | Bundesminister für Verkehr | 1 085 401 | 1 353 043 | — | — |
| 13 | Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen | 413 | — | — | — |
| 14 | Bundesminister der Verteidigung | 18 543 203 | 5 300 749 | 18 699 765 | — |
| 15 | Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit | 514 067 | 92 783 | — | — |
| 19 | Bundesverfassungsgericht | 9 859 | 1 725 | — | — |
| 20 | Bundesrechnungshof | 34 093 | 3 619 | — | — |
| 23 | Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit | 33 353 | 16 075 | — | — |
| 25 | Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau | 64 681 | 47 624 | — | — |
| 27 | Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen | 31 536 | 10 403 | — | — |
| 30 | Bundesminister für Forschung und Technologie | 54 445 | 18 341 | — | — |
| 31 | Bundesminister für Bildung und Wissenschaft | 23 160 | 4 684 | — | — |
| 32 | Bundesschuld | 13 183 | 307 946 | — | 23 042 425 |
| 33 | Versorgung | 7 885 346 | — | — | — |
| 35 | Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte | 461 363 | 378 148 | — | — |
| 36 | Zivile Verteidigung | 117 183 | 213 638 | — | — |
| 60 | Allgemeine Finanzverwaltung | 396 307 | 119 176 | — | — |
| | **Summe Haushalt 1982** | 34 266 153 | 9 647 429 | 18 699 765 | 23 042 490 |
| | Summe Haushalt 1981 | 33 810 025 | 9 219 029 | 17 483 064 | 17 018 477 |
| | gegenüber 1981 — mehr (+) / weniger (−) — | +456 128 | +428 400 | +1 216 701 | +6 024 013 |

**Teil I: Haushaltsübersicht** **Ausgaben** Gesamtplan

| Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) **1982** 1 000 DM | Ausgaben für Investitionen **1982** 1 000 DM | Besondere Finanzierungsausgaben **1982** 1 000 DM | **Summe Ausgaben** | | | Epl. |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | **1982** 1 000 DM | 1981 1 000 DM | gegenüber 1981 mehr (+) weniger (−) 1 000 DM | |
| 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 |
| 1 385 | 373 | — | **15 668** | 15 116 | + 552 | 01 |
| 52 406 | 11 023 | — | **364 524** | 367 620 | − 3 096 | 02 |
| 182 | 400 | — | **9 980** | 10 194 | − 214 | 03 |
| 53 766 | 3 178 | — | **415 555** | 411 692 | + 3 863 | 04 |
| 1 422 213 | 95 749 | — | **2 218 466** | 2 121 726 | + 96 740 | 05 |
| 1 232 690 | 410 031 | — | **3 497 907** | 3 484 312 | + 13 595 | 06 |
| 7 894 | 8 064 | — | **360 589** | 346 463 | + 14 126 | 07 |
| 458 419 | 613 357 | — | **3 314 582** | 3 057 321 | + 257 261 | 08 |
| 2 266 148 | 1 896 007 | — | **4 612 930** | 5 809 893 | −1 196 963 | 09 |
| 4 617 818 | 1 122 440 | 1 269 | **6 097 706** | 6 091 214 | + 6 492 | 10 |
| 52 746 424 | 955 615 | — | **53 847 044** | 54 402 680 | − 555 636 | 11 |
| 10 560 508 | 11 776 673 | — | **24 775 625** | 25 016 682 | − 241 057 | 12 |
| — | 15 750 | — | **16 163** | 15 497 | + 666 | 13 |
| 1 433 227 | 284 350 | — | **44 261 294** | 42 061 811 | +2 199 483 | 14 |
| 18 027 174 | 92 548 | — | **18 726 572** | 20 179 196 | −1 452 624 | 15 |
| — | 580 | — | **12 164** | 11 565 | + 599 | 19 |
| 12 | 3 575 | — | **41 299** | 35 872 | + 5 427 | 20 |
| 942 772 | 5 037 944 | — | **6 030 144** | 5 840 902 | + 189 242 | 23 |
| 2 042 631 | 2 873 337 | — | **5 028 273** | 5 012 268 | + 16 005 | 25 |
| 304 460 | 92 984 | — | **439 383** | 465 624 | − 26 241 | 27 |
| 4 454 182 | 2 202 814 | −151 269 | **6 578 513** | 6 074 318 | + 504 195 | 30 |
| 2 819 274 | 1 589 976 | — | **4 437 094** | 4 269 462 | + 167 632 | 31 |
| 786 763 | 1 850 201 | — | **26 000 518** | 19 125 923 | +6 874 595 | 32 |
| 2 329 070 | — | — | **10 214 416** | 9 891 441 | + 322 975 | 33 |
| 219 544 | 364 700 | — | **1 423 755** | 1 399 850 | + 23 905 | 35 |
| 82 058 | 354 268 | — | **767 147** | 740 590 | + 26 557 | 36 |
| 16 378 538 | 767 470 | −658 802 | **17 002 689** | 14 895 768 | +2 106 921 | 60 |
| 123 239 558 | 32 423 407 | − 808 802 | **240 510 000** | 231 155 000 | +9 355 000 | |
| 123 469 616 | 31 909 789 | −1 755 000 | | | | |
| −230 058 | +513 618 | +946 198 | | | | |

**Anlage zur Haushaltsübersicht**

**Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushaltsplan und deren Inanspruchnahme**

| Epl. | Bezeichnung | Verpflichtungsermächtigung 1982 | Von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | 1983 | 1984 | 1985 | Folgejahre | Für künftige Haushaltsjahre |
| | | 1 000 DM | 1 000 DM | 1 000 DM | 1 000 DM | 1 000 DM | 1 000 DM |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 |
| 01 | Bundespräsidialamt | — | — | — | — | — | — |
| 02 | Deutscher Bundestag | 200 | 200 | — | — | — | — |
| 03 | Bundesrat | — | — | — | — | — | — |
| 04 | Bundeskanzleramt | 18 688 | 18 200 | 488 | — | — | — |
| 05 | Auswärtiges Amt | 826 311 | 275 481 | 308 785 | 160 169 | 51 276 | 30 600 |
| 06 | Bundesminister des Innern | 386 683 | 231 171 | 83 812 | 36 400 | — | 35 300 |
| 07 | Bundesminister der Justiz | 2 029 | 2 029 | — | — | — | — |
| 08 | Bundesminister der Finanzen | 191 920 | 155 420 | 36 500 | — | — | — |
| 09 | Bundesminister für Wirtschaft | 3 461 891 | 830 341 | 835 157 | 812 393 | 408 000 | 576 000 |
| 10 | Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten | 871 707 | 361 222 | 200 585 | 131 900 | 178 000 | — |
| 11 | Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung | 365 620 | 250 578 | 35 888 | 8 088 | 1 066 | 70 000 |
| 12 | Bundesminister für Verkehr | 3 297 166 | 2 114 483 | 825 717 | 320 966 | 36 000 | — |
| 13 | Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen | 18 300 | 10 000 | 8 300 | — | — | — |
| 14 | Bundesminister der Verteidigung | 9 978 658 | 4 693 266 | 2 415 477 | 1 651 215 | 1 048 700 | 170 000 |
| 15 | Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit | 258 318 | 90 968 | 67 250 | 62 800 | 37 000 | 300 |
| 19 | Bundesverfassungsgericht | — | — | — | — | — | — |
| 20 | Bundesrechnungshof | — | — | — | — | — | — |
| 23 | Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit | 6 224 300 | 511 460 | 437 700 | 324 280 | 751 060 | 4 199 800 |
| 25 | Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau | 1 767 480 | 200 700 | 398 168 | 389 452 | 629 160 | 150 000 |
| 27 | Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen | 74 650 | 48 950 | 20 700 | 5 000 | — | — |
| 30 | Bundesminister für Forschung und Technologie | 4 640 964 | 1 345 217 | 1 353 369 | 1 222 278 | 520 100 | 200 000 |
| 31 | Bundesminister für Bildung und Wissenschaft | 481 166 | 202 851 | 153 905 | 100 408 | 24 002 | — |
| 32 | Bundesschuldenverwaltung | — | — | — | — | — | — |
| 35 | Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte | 38 500 | 29 500 | 9 000 | — | — | — |
| 36 | Zivile Verteidigung | 246 957 | 162 216 | 47 234 | 4 503 | 4 | 33 000 |
| 60 | Allgemeine Finanzverwaltung | 69 000 | 69 000 | — | — | — | — |
| | Summe | 33 220 508 | 11 603 253 | 7 238 035 | 5 229 852 | 3 684 368 | 5 465 000 |

# Gesamtplan: Teil II

## Finanzierungsübersicht

| Nr. | Bezeichnung | Betrag für 1982 | Betrag für 1981 |
|---|---|---|---|
| | | – 1000 DM – | |
| | **Ermittlung des Finanzierungssaldos** | | |
| 1. | **Ausgaben** (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags) | 240 510 000 | 231 155 000 |
| 2. | **Einnahmen** (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen und Münzeinnahmen) | 213 196 000 | 196 895 000 |
| 3. | **Finanzierungssaldo** | –27 314 000 | –34 260 000 |
| | **Zusammensetzung des Finanzierungssaldos** | | |
| 4. | **Netto-Neuverschuldung/Netto-Tilgung am Kreditmarkt** | | |
| 4.1 | Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt | (72 826 000) | (75 378 000) |
| 4.101 | zu allgemeinen Zwecken | 72 826 000 | 75 378 000 |
| 4.102 | zu besonderen Zwecken | — | — |
| 4.2 | Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt | 46 052 000 | 41 603 000 |
| 4.3 | Ausgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge | — | — |
| 4.4 | Ausgaben für Marktpflege | — | — |
| | Saldo | –26 774 000 | –33 775 000 |
| 5. | **Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen** | — | — |
| 6. | **Rücklagenbewegung** | | |
| 6.1 | Entnahmen aus Rücklagen | — | — |
| 6.2 | Zuführungen an Rücklagen | — | — |
| 7. | **Münzeinnahmen** | –540 000 | –485 000 |
| 8. | **Finanzierungssaldo** | –27 314 000 | –34 260 000 |

# Gesamtplan: Teil III

## Kreditfinanzierungsplan

| Nr. | Bezeichnung | Betrag für 1982 | Betrag für 1981 |
|---|---|---|---|
| | | – 1000 DM – | |
| 1. | **Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt** | | |
| | davon voraussichtlich | | |
| 1.1 | langfristig | (72 826 000) | (50 378 000) |
| 1.101 | zu allgemeinen Zwecken | 49 826 000 | 50 378 000 |
| 1.102 | zu besonderen Zwecken | — | — |
| 1.2 | kürzerfristig | 23 000 000 | 25 000 000 |
| | Summe 1 | 72 826 000 | 75 378 000 |
| 2. | **Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt** | | |
| 2.1 | Tilgung langfristiger Schulden mit Laufzeiten von mehr als 4 Jahren | (15 869 000) | (21 797 000) |
| 2.101 | Schuldbuchforderungen der Träger der Sozialversicherung | — | — |
| 2.102 | Bundesanleihen (einschl. der Entschädigung für verspätet vorgelegte oder verlorengegangene Prämienschatzanweisungen) | 2 915 000 | 5 317 000 |
| 2.103 | Bundesschatzbriefe | 7 487 000 | 10 517 000 |
| 2.104 | Schuldbuchkredite | — | — |
| 2.105 | Schuldscheindarlehen | 3 390 000 | 5 630 000 |
| 2.106 | Kassenobligationen | 1 930 000 | 190 000 |
| 2.107 | Bundesobligationen | — | — |
| 2.108 | Ausgleichsforderungen nach dem Umstellungsergänzungsgesetz | 9 000 | 9 000 |
| 2.109 | Ablösungsschuld | 58 000 | 58 000 |
| 2.110 | Altsparerentschädigung | — | — |
| 2.112 | Bereinigte Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen) | 6 000 | 5 000 |
| 2.113 | Auf Grund des Gesetzes zur näheren Regelung der Entschädigungsansprüche für Auslandsbonds (Auslandsbonds-Entschädigungsgesetz) | — | — |
| 2.114 | Nachkriegsschulden für Verbindlichkeiten der Koka aus Anschlußgebieten | — | — |
| 2.115 | Ausgleichsforderungen und Rentenausgleichsforderungen zur Aufbesserung von Versicherungsleistungen | 74 000 | 71 000 |

| | | Betrag für 1982 | Betrag für 1981 |
|---|---|---|---|
| | | – 1000 DM – | |
| 2.2 | Tilgung kürzerfristiger Schulden mit Laufzeiten bis zu 4 Jahren | (30 183 000) | (19 806 000) |
| 2.201 | Kassenobligationen | 6 008 000 | 7 630 000 |
| 2.202 | Unverzinsliche Schatzanweisungen | 840 000 | 2 305 000 |
| 2.203 | Finanzierungsschätze des Bundes | 1 885 000 | 1 633 000 |
| 2.204 | Schuldscheindarlehen | 21 450 000 | 8 238 000 |
| 2.3 | Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge | — | — |
| 2.4 | Marktpflege | — | — |
| | Summe 2 | 46 052 000 | 41 603 000 |
| 3. | **Saldo aus 1. und 2.** (im Haushaltsplan veranschlagte Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt) | 26 774 000 | 33 775 000 |
| 4. | **Einnahmen aus Krediten von Gebietskörperschaften – einschließlich ERP-Sondervermögen und LA-Fonds** (im Haushaltsplan veranschlagt) | — | — |
| 5. | **Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften – einschließlich ERP-Sondervermögen und LA-Fonds** (im Haushaltsplan veranschlagt) | — | — |

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0172-6838